

Unterdrückung und Unterstützung

Die Politik Japans angesichts des indonesischen Nationalismus im Zweiten Weltkrieg

Die anfänglich enthusiastische Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der japanischen Verwaltung seitens vieler Indonesier erlitt durch die demütigenden Erfahrungen bei der sehr beschränkten Einbeziehung in den innenpolitischen Entscheidungsprozeß einen argen Dämpfer. Sukarno nahm dennoch den Posten des Vorsitzenden des Zentralen Beratungskomitees, das lediglich einen empfehlenden Charakter hatte, an und versuchte, das Beste aus seiner Position zu machen, während er das Volk aufrief, den Krieg zu unterstützen und Japan für seine Großzügigkeit dankte. Offene Kritik an der Militäradministration war nicht möglich, denn die Stimmung der Japaner hatte sich deutlich verändert, obwohl sie sich scheinbar nachgiebiger zeigten. Er konnte auf subtile Weise seiner Enttäuschung Ausdruck verleihen, sowohl was die Gegenwart als auch die Hoffnungen für die Zukunft anging. Die indonesischen Nationalisten verfolgten aufmerksam die japanischen militärischen Rückschläge und erwarteten, daß die Japaner dadurch zu Zugeständnissen veranlaßt würden, um mehr und spontanere Unterstützung in der Bevölkerung zu finden. Darüberhinaus konnte das Central Advisory Committee, auch wenn es wegen seiner eingeschränkten Befugnisse machtlos war, besser für die indonesischen Interessen eingesetzt werden als der alte Volksraad, in dem die Nationalisten niemals die Mehrheit hätten erreichen können. Und schließlich erkannten die politischen Führer, daß ihre Zusammenarbeit mit der Verwaltung bei der Mobilisierung der Bevölkerung ihnen dazu verhelfen konnte, ihren eigenen Einfluß zu vergrößern.

In japanischen Kreisen gab es auch Kritik an dieser Politik, die grundsätzlich keine Rücksicht auf indonesische nationalistische Forderungen nahm und daher dazu beitrug, daß entweder Sukarnos Vertrauen auf Japan oder sein Ansehen bei den Indonesiern schwinden würde. Beides könnte sehr leicht die japanischen Anstrengungen gefährden, von Indonesien unterstützt zu werden. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, luden die Japaner ihn im November 1943 zusammen mit Hatta und einem Vertreter der

Muslime nach Tokio ein, damit er dort offiziell seine Dankbarkeit für die Verfassungsreformen ausdrücken konnte. In Wirklichkeit wollte man ihn dazu bringen, die japanische Sichtweise bereitwilliger zu übernehmen. Dieser Schachzug hatte nicht den gewünschten Erfolg. Sukarno war zwar sichtbar beeindruckt von der schmeichelhaften Einladung, dennoch appellierte er an Tojo, daß Indonesien den gleichen Status bekommen sollte wie die Philippinen und Burma. Er war tief enttäuscht, als man auf diese Bitte nicht reagierte. Nach seiner Rückkehr bekam er einen weiteren Grund, unzufrieden zu sein, als die Militärverwaltung den Aufbau einer muslimischen Einheitsfront unterstützte. Von seinem Standpunkt aus konnte dies als der Versuch der Japaner interpretiert werden, einen weiteren Machtfaktor zu stützen und seine eigene Position zu schwächen.

Obwohl die Japaner es gut verstanden, einen Teil der indonesischen öffentlichen Meinung gegen den anderen auszuspielen, ist es zweifelhaft, ob ihre Aktivitäten den indonesischen Islam betreffend vom Prinzip "Teile und Herrsche" bestimmt waren. Ihre Politik war in erster Linie darauf gerichtet, von der Bevölkerung soviel Unterstützung wie möglich zu bekommen. In diesem Zusammenhang erkannten sie deutlich, daß der Islam zu einflußreich war, um ihn nicht als Verbündeten zu behandeln. Daher neigten sie dazu, die muslimischen Befürchtungen, was die japanischen Absichten anging, zu zerstreuen. Die traditionelle Verbeugung in die Richtung des Kaiserlichen Palastes in Tokio während religiöser Zeremonien war nicht länger vorgeschrieben. Die arabische Sprache, welche die Verwaltung als Medium religiöser Unterweisung abzuschaffen versucht hatte, wurde beibehalten. Nur in einer Hinsicht, nämlich in der Kontrolle der Koranschulen, waren die Japaner nicht bereit nachzugeben. Aber trotz des islamischen Grolls wegen dieses Eingriffs war die Militärverwaltung im großen und ganzen recht erfolgreich, die Muslime zur Kollaboration zu veranlassen und die Einheitsfront zu schaffen, welche die Japaner als sine qua non für die erfolgreiche Mobilisierung der Bevölkerung ansahen.

Die Reorganisation der islamischen Bewegung war nicht nur das wichtigste Ergebnis der japanischen Versuche seit 1942, die strukturelle Einheit als ein Instrument zur leichteren Kontrolle der Muslime zu fördern, sondern seit Mitte 1943 wurde sie auch Teil einer weit umfassenderen Politik mit dem Ziel, das indonesische öffentliche Leben völlig zu transformieren, um es besser an die veränderten Umstände anzupassen. Der erste Hinweis auf diesen Trend findet sich in der Erlaubnis der Verwaltung im April 1943, die Jugendorganisation nach japanischem Vorbild neu zu organisieren, und er wurde mit der Gründung von *Peta* im September noch offensichtlicher. In Anbetracht der Notlage durch die ungünstige militärische Entwicklung konnte das Militärregime nicht länger beide Organisationen aufrechterhalten, die *Putera* und die *M.I.A.I.*, die bislang als Kompromiß zwischen indonesischem nationalistischen Drängen und muslimischen Gefühlen auf der einen Seite und seinen eigenen Interessen auf der anderen Seite geduldet wurden, die aber nun nicht mehr mit den japanischen Zielen in Einklang gebracht werden konnten.

Seit ihrer Reorganisation im September 1942 war die muslimische Föderation, die *M.I.A.I.*, wegen der Behinderungen durch die Japaner zur Machtlosigkeit verdammt. Ihr Aktionsprogramm beinhaltete unter anderem, die *ulamas* zu organisieren. Aber genau das wollte die Militärverwaltung verhindern. Das Ergebnis war, daß die Föderation auf politischem Gebiet nicht aktiv werden konnte, während andere Aktionen als politische Aktivitäten eingestuft wurden, die unter religiösem Deckmantel stattfanden. Ein Beispiel: In der ersten Jahreshälfte des Jahres 1943 machte sich die *M.I.A.I.* daran, die sogenannte *Bait al-Mal* Kampagne, mit der die Erhebung und Verteilung religiöser Abgaben geregelt werden sollte, zu zentralisieren. Sie war auf lokaler Ebene in den sundanesischen Gebieten schon angelaufen. Die Japaner erhoben Einwände, weil sie die Aktivitäten als Versuch werteten, hinter dem Rücken des Militärregimes mit lokalen Religionslehrern Kontakte herzustellen. Die Verwaltung wollte die Aufrechterhaltung dieser Kontakte selbst in der Hand behalten, und für den Fall, daß eine Gruppierung aus der islamischen Elite als Vermittler zwischen der Regierung und der muslimischen Landbevölkerung benutzt werden sollte, sollten es eher die unbedingt unpolitischen *Muhammadiyah* oder die *Nahdatul Ulama* sein und nicht die *M.I.A.I.* Während die Japaner die *M.I.A.I.* behinderten, ihre Ausbreitung in den ländlichen Gebieten verhinderten und ihren Einfluß auf Batavia beschränkten, standen sie den beiden anderen Organisationen recht wohlwollend gegenüber. Sie sahen in ihnen bessere Instrumente zur Steuerung muslimischer

Aktivitäten und zur Ausrichtung der indonesischen Gesellschaft auf japanische Bedürfnisse. In diesem Zusammenhang war es bedeutsam, daß ein Muhammadiyah-Führer, Mohammed Mas Mansur, den Islam im Putera Quadrumvirat symbolisierte und in dieser Organisation eine wichtige Rolle spielte; es war ebenso bedeutsam, daß er zwei Tage nach der Gründung von Putera sein Amt als Vizepräsident der M.I.A.I. niederlegte. Die Verwaltung sorgte dafür, daß in den beratenden Gremien, die in der zweiten Jahreshälfte 1943 eingerichtet wurden, die Muslime sehr stark vertreten waren. Im Oktober wurde der japanische Leiter der Abteilung für Religionsangelegenheiten durch einen muslimischen Gelehrten, Husein Djajadiningrat, ersetzt, während Mas Mansur eine hohe Funktion als Berater in diesem Büro erhielt. Im November reiste zusammen mit Sukarno und Hatta ein Muhammadiyah Führer nach Tokio.

Zu dieser Zeit war der Wiederaufbau des öffentlichen muslimischen Lebens abgeschlossen. Im November 1943 legalisierte die Verwaltung Muhammadiyah und Nahdatul Ulama; für die M.I.A.I. Führer war das der Beweis, daß sie nicht länger beliebt waren, und am 24. Oktober löste der Vorsitzende Wondoamiseno die Föderation offiziell auf. Einen Monat darauf, am 23. November, wurde *Madjelis Sjuro Muslimin Indonesia*, Beratungsgremium für Indonesische Muslime, oder *Masjumi* gegründet, eine zentrale islamische Körperschaft unter dem Vorsitz von Hadji Hasjim Asj'ari und mit Mas Mansur und Abdul Wahab als prominenten Führern. Nach ihrem Programm strebten sie die Einheit der muslimischen Gemeinschaft an, und die Bindungen zwischen allen islamischen Organisationen auf Java sollten gefestigt werden, damit man Japan im Kampf für die *Groß-Ostasiatische Wohlstandssphäre* besser unterstützen könnte. Die Gründung von Masjumi bedeutete die Krönung der japanischen Islampolitik. Viel stärker als die M.I.A.I., die eine städtische reformistische Bewegung war, deckte die neue Organisation sowohl orthodoxe als auch reformistische Elemente ab; Muhammadiyah und Nahdatul Ulama, die einzigen legalen islamischen Vereinigungen, gehörten zu ihr. Sie war für andere Organisationen offen, sobald sie formell anerkannt waren; weiterhin durften eigenständige *ulamas* und *kiais* beitreten, allerdings nur mit Erlaubnis der Abteilung für Religionsangelegenheiten, was der japanischen Verwaltung eine weitgehende Einflußnahme auf die Bewegung verschaffte. So erreichte die Militärverwaltung ihre Ziele in mehrfacher Hinsicht. Masjumi wurde von einer islamischen Elite dominiert, die wesentlich stärker von den Japanern akzeptiert wurde als die M.I.A.I.; also war die Organisation ein passender Vermittler zwischen der

Verwaltung und den ländlichen Massen. Die Japaner schufen unter dem Vorwand einer neuen Organisation eine enge Verbindung zwischen dieser Elite und den orthodoxen lokalen Führern. Damit hatten sie gleichzeitig ein wirkungsvolles Instrument zur effektiveren Einflußnahme und Mobilisierung der Bevölkerung in Händen. Schließlich ermöglichte die Masjumi als zentrale Organisation es den Japanern, die Aktivitäten der *kiais* und *ulamas* wirkungsvoller zu überwachen. Die Verwaltung mag sich sehr angestrengt haben, über die örtlichen Dorflehrer und religiösen Führer das Vertrauen der Massen zu gewinnen, aber im tiefsten Herzen fürchteten die Japaner den islamischen "Fanatismus" ebenso wie vor ihnen die Holländer. Dies war einer der Gründe, warum man Ende 1943 die Forderung ablehnte, spezielle muslimische freiwillige Hilfstruppen zusätzlich zur Peta zu schaffen.

Die Gründung der Masjumi und ihr dank der Unterstützung durch die Militärregierung rasch wachsender Einfluß rief Ablehnung sowohl bei den Nationalisten als auch in der traditionellen aristokratischen Klasse hervor. Da die Japaner es sich nicht leisten konnten, bei einer dieser beiden Eliten verbreitete Unzufriedenheit zu riskieren, begannen sie, sie ebenfalls daran zu beteiligen, das indonesische Leben neu zu organisieren und es den eigenen Erfordernissen unterzuordnen. Die *Djawa Hokokai* war das Ergebnis der Aktivitäten, die alle Teile der indonesischen Gesellschaft mobilisieren und eine allumfassende Massenbewegung als Ersatz für die Putera schaffen sollten. Die Putera war für den japanischen Geschmack zu nationalistisch und wurde fortwährend in ihren Handlungen behindert, so daß sie ein Fehlschlag war. Am 1. Oktober 1944 erklärte General Harada, daß "die Armee, die Verwaltung und das Volk vereint werden sollten", und eine Woche darauf gab er Anweisungen, daß eine neue Organisation gegründet werden sollte. Die *Djawa Hokokai* wurde offiziell am 1. März ins Leben gerufen. Während die Putera eine rein indonesische Organisation war, schloß die *Djawa Hokokai* die ethnischen Minderheiten mit ein. Schon ein Jahr zuvor hatte das japanische Regime seine Politik des Zurückdrängens der Chinesen und Eurasier aufgegeben. Im August 1943 tolerierten die Japaner die Organisation einer chinesischen Bürgervereinigung; sie hoben auch das Verbot chinesischer Schulen auf, und im September ernannten sie zwei chinesische Repräsentanten für den Central Advisory Council. Im Dezember 1943 wurden Reisebeschränkungen für Chinesen auf Java aufgehoben. Im September durften auch die Eurasier ihre eigenen Vereinigungen gründen. Chinesen und Eurasier wurden zwar erst am 1. Mai 1944 von der Bezahlung der verhaßten Registrierungs-

4 Seiten im taz-Format
in hoher Auflage zum Verteilen:



Atomkonsens ist Nonsens

Aktionszeitung
für die sofortige Stilllegung
aller Atomanlagen

Die Anti-AKW-Bewegung ist wieder da. Zur Unterstützung alter und neuer Initiativen, Gruppen und aktiver Einzelpersonen gibt es im Frühjahr '95 von der Graswurzelrevolution die Anti-Atom-Aktionszeitung - zum Verteilen als ausführliches Flugblatt bei Aktionen und Veranstaltungen in nächster Zeit. **Die Themen:**

- Atomkonsensgespräche
- Neuer CASTOR-Alarm?
- Siemens-Boycott
- AKWs machen krank
- Folgen von Tschernobyl
- geplante
Anti-Atom-Aktionen
- slowakisches
AKW Mochovce

Wir vertreiben die Zeitung nur gegen Vorkasse (bar, Scheck, Briefmarken, Einzugsermächtigung). Mindestabnahme: 20 Stück
Die Preise: (inkl. Versandkosten)
20 Ex.: 10 DM, 50 Ex.: 20 DM,
100 Ex.: 30 DM, 200 Ex.: 50 DM,
300 Ex.: 70 DM, 500 Ex.: 100 DM,
1000 Ex.: 160 DM, weitere Preise auf Anfrage

**Bestellungen an
GWR, Kirchstr. 14,
29462 Wustrow**

gebühr befreit, aber der Trend zu einer milderen japanischen Haltung war schon vorher klar zu erkennen. Es war eine Vorbedingung für die Zusammenarbeit mit den beiden Bevölkerungsgruppen.

Die Djawa Hokokai wurde viel offener für japanische Interessen instrumentalisiert als es jemals mit der Putera geschah: Sie zielte auf die "totale Mobilisierung der Bevölkerung, um die Ziele des Großen Ostasien-Krieges und der Wohlstandssphäre zu erreichen". Ihr Name, "Vereinigung des Volksdienstes für Java", betont den Aspekt des Dienstes an Japan viel mehr als den der Bildung einer Volkseinheit, wie es noch bei Putera der Fall war. Darüberhinaus war die neue Organisation, im Unterschied zu Putera, unter der direkten Führung des Befehlshabers der Militärverwaltung, General Kokubu. Aber ähnlich wie die Putera versuchte sie, ihren Einfluß in den Dörfern zu verstärken, um die Zusammenar-

beit der dörflichen Bevölkerung mit der japanischen Regierung zu sichern. Von allen indonesischen Bewegungen, die von den Japanern gefördert wurden, war diese die am systematischsten organisierte. Sie machte sich das System der "Nachbarschafts-Vereinigungen" zunutze, zentral überwachte Zellen auf dem Lande, die, angeblich *gotong rojong* anstrebend, die traditionelle indonesische gegenseitige Hilfe auf kommunaler Basis, in Wirklichkeit die ländlichen Massen für die japanischen Kriegsanstrengungen mobilisieren sollten. In dieser Konstellation waren die nationalistischen Politiker zu einer Statistenrolle verurteilt, obgleich einige unter ihnen, wie Sukarno und Hatta, wichtige Positionen in der zentralen Leitung der Organisation bekamen, an der Seite zweier Masjumi-Führer, Hasjim As'jari und Mas Mansur. Die bedeutsamen Funktionen auf örtlicher Ebene wurden von Angehörigen der ari-

stokratischen Klasse ausgeübt, die man als passendere Instrumente für das Ziel ansah, die Herrschaft der Militärverwaltung bis auf die niedersten Ebenen der ländlichen Gesellschaft auszudehnen. In dem man bis in die Dörfer vordrang und dort die Bauernschaft organisierte, sei es durch die Religionslehrer oder die traditionellen Dorfvorsteher, schafften es die Japaner, ihre Oberherrschaft über Java beträchtlich zu festigen.

Jan Pluvier

Der Verfasser ist Professor für moderne Geschichte Asiens an der Universität Amsterdam. Auszug aus: J.M. Pluvier, South-East Asia from Colonialism to Independence, "The Change of Tactics: 'Independence' and Reforms - Japanese Policy vis-à-vis Indonesian Nationalism: Masjumi and Djawa Hokokai", Kuala Lumpur 1974, S. 250-254. Übersetzung von Manfred Mattel-Pegam.

Die indonesische Untergrundbewegung im Zweiten Weltkrieg

Verglichen mit den Widerstandsbewegungen in den Philippinen, Malaya, Vietnam und später in Burma war die antijapanische Untergrundbewegung in Indonesien unbedeutend. Es gab zwar einige Widerstandsversuche von kleinen Gruppen, die von Holland unterstützt wurden, oder von chinesischen Gruppen, besonders in Borneo und Nordsumatra. Aber aufgrund geringer Unterstützung durch die Bevölkerung waren sie von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Widerstand von Indonesiern gab es praktisch nicht, da die wichtigsten Bedingungen für das Aufkommen und die Entwicklung irgendeiner machtvollen organisierten Opposition fehlten. Die indonesische Bevölkerung äußerte keine so starken feindseligen Gefühle, wie die Filipinos und die Chinesen Malayas gegenüber Japan zeigten oder die Vietnamesen gegenüber den Komplizen Japans, dem Decoux-Regime. Ferner waren die meisten politischen und religiösen Führer in Indonesien, auch die prominentesten und einflußreichsten, für eine Zusammenarbeit mit Japan. Und da sie im Gegensatz zu den burmesischen Thakins im allgemeinen nicht die Möglichkeit eines Seitenwechsels erwogen, gab es kaum einen Politiker, der die Energie der Massen in eine antijapanische Richtung hätte lenken können, als die öffentliche Enttäuschung über die japanische Militärregierung ständig wuchs.

Es gab zwar eine indonesische Opposition, aber sie war sehr klein und bestand aus kaum mehr als dem ablehnenden und nicht-kollaborierenden Element einer großen nationalistischen Bewegung, deren andere Komponenten in die von den Japanern aufgebauten politischen Strukturen eingebunden waren. Als er beschloß, gegen Japan zu opponieren, vereinbarte Sutan Sjahrir mit Sukarno und Hatta, daß die Untergrundbewegung zum Nutzen der indonesischen nationalen Interessen die Strategie der kollaborierenden Führer stützen würde, daß ihre Aktionen aber geheim bleiben sollten. Das führte zu häufigen Kontakten zwischen Politikern, die sich in entgegengesetzten Lagern befanden, mit Hatta als wichtigster Vermittler. Das galt nicht nur für die Organisation, an deren Spitze Sjahrir stand, sondern auch für andere Gruppen, die in unterschiedlicher Weise Beziehungen zu den von Japan unterhaltenen Institutionen und der Führungsebene der Verwaltung unterhielten.

Untergrundwiderstand weitgehend wirkungslos

Da unklare Abgrenzung ihre am meisten hervortretende Eigenschaft war, bewirkten die Aktionen der Untergrundbewegung keinen großen Schaden für die Japaner, mochte sie auch noch so kon-

spirativ operieren. Es gab keinen bewaffneten Kampf, und die eine Gruppe, die einer echten Widerstandsbewegung am nächsten kam, wurde von japanischen Gegenmaßnahmen schnell außer Gefecht gesetzt. Das war die Organisation, an deren Spitze der linksorientierte Politiker Amir Sjarifuddin stand und der auch zahlreiche Mitglieder der Kommunistischen Partei angehörten. Während der ersten Monate der Besetzung waren mehrere von ihnen schon festgenommen und unter Folter gezwungen worden, Namen anderer Beteiligten preiszugeben. Durch die Verhaftung von Sjarifuddin Anfang 1943 wurden die Aktivitäten dieser Gruppe weiter eingeschränkt. Am 29. Februar 1944 wurden fünf Führer zum Tode verurteilt, von denen vier hingerichtet worden sind: Nur Sjarifuddin konnte, dadurch daß Sukarno und Hatta sich für ihn einsetzten, gerettet werden. Was von der Organisation übrig blieb, waren einige Zellen der Kommunistischen Partei, die weiterhin kleinere und isolierte Aktionen durchführten.

Die anderen Untergrundorganisationen, alle mehr oder weniger linksstehend, trugen auch nicht erfolgreicher zu konkreten Schritten gegen die Japaner bei. Die Sjahrir-Gruppe war bei weitem die größte mit Ortsgruppen in ganz Java. Sie stützte sich auf die jungen gebildeten Städte und engagierte sich trotz ihrer Aktivität unter den Bauern in West-Java und der Organisation von ländlichen Genossenschaften hauptsächlich für die Gewinnung der jüngeren Generation. Verbunden mit der Vierten Internationale und gleichzeitig mit dem japanischen Propaganda-Service war eine kleine Gruppe, die von Adam Malik, Sukarni Kartodiwirjo und Chairul Saleh geführt wurde. In Batavia war die Studenten-Union aktiv bei der Verbreitung antijapanischer Stimmungen. Neben ihren Versuchen, die indonesische Jugend zu